



AUSTRIAN FINANCIAL REPORTING AND AUDITING COMMITTEE

Stellungnahme
**„Grundsatzfragen der
unternehmensrechtlichen Bilanzierung von
Finanzanlage- und Finanzumlaufvermögen“**

Vorsitzender der Arbeitsgruppe:

David Grünberger (david.gruenberger@fma.gv.at)

Mitglieder der Arbeitsgruppe:

Peter Geyer, Helmut Kerschbaumer, Heiner Klein, Michael Laminger, Roland
Nessmann, Manfred Oebel, Andreas Rauter, Roman Rohatschek, Bernd Spohn,
Erich Steffl, Raoul Vogel

Das Austrian Financial Reporting and Auditing Committee (AFRAC) ist der privat organisierte und von zuständigen Behörden unterstützte österreichische Standardsetter auf dem Gebiet der Finanzberichterstattung und Abschlussprüfung. Die Mitglieder des Vereins "Österreichisches Rechnungslegungskomitee", dessen operatives Organ das AFRAC ist, setzen sich aus österreichischen Bundesministerien und offiziellen fachspezifischen Organisationen zusammen. Die Mitglieder des AFRAC sind Abschlussersteller, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Wissenschaftler, Investoren, Analysten und Mitarbeiter von Aufsichtsbehörden.

Austrian Financial Reporting and Auditing Committee – AFRAC

Schönbrunner Straße 222 - 228/1/6

1120 Wien – Österreich

Tel: +43 1 811 73 – 228

Fax: +43 1 811 73 – 100

Email: office@frac.at

Web: <http://www.frac.at>

Copyright © Austrian Financial Reporting and Auditing Committee

All rights reserved

Die Stellungnahme vom Juni 2010 (Fragen 1, 3, 5 und 6) übernimmt inhaltlich und ersetzt die **Stellungnahme „Aktuelle Fragen der unternehmensrechtlichen Bewertung von Finanzanlage- und Finanzumlaufvermögen“ vom Dezember 2008**. Diese wurde unter dem Arbeitsgruppenvorsitzenden Romuald Bertl (rbertl@bfp-graz.at) und den Arbeitsgruppenmitgliedern Otto Altenburger, Eva Eberhartinger, Werner Fleischer, Werner Gedlicka, Franz Josef Gross, Bernhard Gruber, David Grünberger, Wolfgang Hackl, Martin Hammer, Klaus Hirschler, Erich Kandler, Helmut Kerschbaumer, Wilhelm Kovsca, Michael Laminger, Gerhard Marterbauer, Aslan Milla, Roland Nessmann, Christian Nowotny, Gerhard Prachner, Andreas Rauter, Robert Reiter, Roman Rohatschek, Alexander Schiebel, Markus Unger und Alfred Wagenhofer erstellt.

Ferner sind in die Stellungnahme vom Juni 2010 Vorarbeiten einer Arbeitsgruppe des **Instituts Österreichischer Wirtschaftsprüfer (iwp)** zur Bewertung und zum Ausweis von Finanzinstrumenten bei Kreditinstituten eingeflossen.

Für die Stellungnahme wurde das Format von Fragen und Antworten gewählt, weil eine abschließende Behandlung des Themenkomplexes „Finanzanlage- und Finanzumlaufvermögen“ (einschließlich Bilanzierung von Kreditinstituten) noch nicht möglich war. Wesentliche Themen (z.B. generelle Vorgaben für die Ausbuchung, Pauschalwertberichtigungen) wurden ausgeklammert.

Änderung der Stellungnahme vom Juni 2010

Das AFRAC hat in seiner Sitzung vom 18. September 2013 eine redaktionelle Anpassung betreffend die Bewertung von festverzinslichen Wertpapieren mit fixem Einlösungsbetrag beschlossen. Bei festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens mit fixem Einlösungsbetrag kann aufgrund der Halteabsicht und der Haltefähigkeit unterstellt werden, dass durch Markzinsänderungen bedingte Kursrückgänge keine voraussichtlich dauernde Wertminderungen darstellen. Dabei ist nicht danach zu differenzieren, ob die Wertpapiere mit Agio erworben wurden. Es

ist wie bisher nicht der Einlösungsbetrag als Vergleichsmaßstab für die Dauerhaftigkeit heranzuziehen. Um dies klarzustellen wurde in der Frage 3 Rz 9 folgende redaktionelle Änderung beschlossen:

Frage 3 *Unter welchen Voraussetzungen ist bei Wertpapieren des Anlagevermögens (§ 224 Abs. 2 A. III. Z 5 UGB) eine Wertminderung voraussichtlich von Dauer?*

Festverzinsliche Wertpapiere mit fixem Einlösungsbetrag:

(9) *Bei festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens mit fixem Einlösungsbetrag kann in der Regel aufgrund der Halteabsicht und der Haltefähigkeit unterstellt werden, dass durch Marktzinsänderungen bedingte Kursrückgänge ~~unter den Einlöschungskurs~~ keine voraussichtlich dauernde Wertminderung darstellen (vgl. Rn (14) zu notierten Schuldinstrumenten mit eingebetteten Derivaten).*

Die Rz 10 ff bleiben unverändert bestehen.

Änderung der Stellungnahme vom September 2013

Das AFRAC hat im November 2014 die Stellungnahme „Die Folgebewertung von Beteiligungen im Jahresabschluss nach UGB“ beschlossen. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Frage 8, Wie sind Wertminderungen von Beteiligungen iSv § 228 Abs. 1 UGB zu bilanzieren?, der Stellungnahme „Grundsatzfragen der unternehmensrechtlichen Bilanzierung von Finanzanlage- und Finanzumlaufvermögen“ zu streichen, da diese Frage nunmehr in der Stellungnahme „Die Folgebewertung von Beteiligungen im Jahresabschluss nach UGB“ behandelt wird. Die ursprünglichen Fragen 9, 10, 11 und 12 werden daher nun als Fragen 8, 9, 10 und 11 nummeriert.

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1	Allgemeine Grundsatzfragen	3
Frage 1	Unter welchen Voraussetzungen ist Finanzanlage- bzw. Finanzumlaufvermögen umzugliedern?	3
Frage 2	Wie ist die Zuordnung zum Finanzanlagevermögen zu dokumentieren?.....	4
Frage 3	Unter welchen Voraussetzungen ist bei Wertpapieren des Anlagevermögens (§ 224 Abs. 2 A. III. Z 5 UGB) eine Wertminderung voraussichtlich von Dauer?	6
Frage 4	Wie ist der Stetigkeitsgrundsatz bei der Ausübung des Wahlrechts betreffend Abschreibungen bei vorübergehender Wertminderung anzuwenden (§ 204 Abs. 2 letzter Satz UGB)?	8
Frage 5	Wie können bei der Bewertung von Wertpapieren des Anlage- (§ 224 Abs. 2 A. III. Z. 5 UGB) und des Umlaufvermögens (§ 224 Abs. 2 B. III. Z. 2 UGB) inaktive Märkte von aktiven Märkten unterschieden werden?	12
Frage 6	Kann bei der Bewertung von Finanzanlage- und Finanzumlaufvermögen statt des Börsenkurses am Abschlussstichtag auch ein durchschnittlicher Börsenkurs rund um den Abschlussstichtag herangezogen werden?	14
Frage 7	Wie sind Wertminderungen von Investmentfondsanteilen im Finanzanlagevermögen zu bilanzieren?.....	14
Frage 8	Wann kommt es bei einem Tausch finanzieller Vermögensgegenstände oder bei Veräußerung in Form einer gemischten Transaktion zur Ergebnisrealisierung?	18
Frage 9	Wie sind Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihegeschäfte zu bilanzieren?	21
Kapitel 2	Spezifische Grundsatzfragen für Kreditinstitute	28

Frage 10	Welche Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung gelten für Kreditinstitute?	28
Frage 11	Welche Finanzinstrumente können von Kreditinstituten abweichend von § 206 UGB zum beizulegenden Wert bewertet werden und wie sind Umgliederungen zu erfassen?	30
Kapitel 3	Erstmalige Anwendung	35

Kapitel 1 Allgemeine Grundsatzfragen

Anwendungsbereich:

- (1) Dieses Kapitel behandelt Grundsatzfragen der Bilanzierung von Finanzanlagevermögen und Finanzumlaufvermögen auf Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuchs (UGB), die gemäß § 43 Abs. 1 BWG auch für Kreditinstitute und nach Maßgabe des § 80 VAG (mit Ausnahme der Frage 7) auch für Versicherungsunternehmen anzuwenden sind.

Frage 1 Unter welchen Voraussetzungen ist Finanzanlage- bzw. Finanzumlaufvermögen umzugliedern?

- (2) Für die Unterscheidung zwischen Finanzanlage- und Finanzumlaufvermögen ist § 198 Abs. 2 und 4 UGB maßgeblich. Die Zuordnung zum Finanzanlagevermögen setzt die dokumentierte Absicht und die Fähigkeit voraus, die Vermögensgegenstände dauerhaft zu halten. Veräußerungen, die wegen gesetzlicher oder behördlicher Auflagen erforderlich sind, sind hinderlich für eine Zuordnung zum Anlagevermögen. Die Fähigkeit, Vermögensgegenstände dauerhaft zu halten, ist auf Basis des Gesamtbildes der Liquiditätsplanung unter Berücksichtigung der Entwicklung der Kapitalausstattung¹ sowie der Ertragssituation² des Unternehmens zu beurteilen.
- (3) Die Zuordnung zum Finanzanlage- und Finanzumlaufvermögen ist zu jedem Abschlussstichtag neu zu überprüfen, wobei aber auch die Verhältnisse im Wertaufhellungszeitraum in die Betrachtung einzubeziehen sind. Ändern sich

¹ Für die Beurteilung der ausreichenden Kapitalausstattung ist vor allem die Eigenkapitalquote bzw. Eigenmittelquote des Unternehmens relevant. Gesetzlich normierte Grenzwerte und/oder Berechnungsmethoden, wie etwa jene gemäß Unternehmensreorganisationsgesetz (URG) oder Bankwesengesetz (BWG), können einen Indikator darstellen.

² Von Bedeutung sind dabei etwa nachhaltige Ergebnisse, mit denen allfällige stille Lasten sowie Ertragsausfälle verkraftet werden können.

die in § 198 Abs. 2 und 4 UGB definierten Voraussetzungen, hat eine Umgliederung zu erfolgen; sie ist zeitnah zu dokumentieren. Die Umwidmung in das Finanzanlagevermögen kann einen ökonomischen und/oder einen rechtlichen Hintergrund haben. Vereinbarungen, die eine Veräußerung langfristig verhindern, sind dabei zu berücksichtigen. Der Umgliederungszeitpunkt darf nicht vor dem letzten Zeitpunkt einer externen Berichterstattung liegen (Stichtag des letzten Jahres- oder Zwischenabschlusses, bei Kreditinstituten Stichtag des letzten Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweises³).⁴

- (4) Eine Umgliederung ist weder ein Realisations- noch ein Anschaffungsvorgang.⁵ Die historischen Anschaffungskosten erfahren durch die Umwidmung keine Änderung. Die Buchwerte zum Zeitpunkt der Umwidmung sind im Sinne der Bewertungsbestimmungen für das Finanzanlage- oder Finanzumlaufvermögen fortzuführen.

Frage 2 Wie ist die Zuordnung zum Finanzanlagevermögen zu dokumentieren?

- (5) Während sich die Zuordnung von Vermögensgegenständen zum Sachanlagevermögen oder zu den immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens meist eindeutig aus der Natur des Vermögensgegenstandes und seiner betrieblichen Verwendung ergibt, ist die Zuordnung von Finanzinstrumenten zum Finanzanlagevermögen stark von subjektiven Absichten und Veranlagungsstrategien geprägt. Daher sind auf Grund von § 190 UGB erhöhte Anforderungen an die Dokumentation der Zuordnung zu stellen. Diese Dokumentation muss einem sachkundigen Dritten einen nachvollziehbaren,

³ Bei Kreditinstituten erfolgen Umgliederungen aus dem Handelsbestand in das Anlagevermögen immer zum Buchwert an jenem Tag, an dem die Handelsabsicht aufgegeben wird (dieser Zeitpunkt ergibt sich aus dem Tag der tatsächlichen Ausbuchung entsprechend § 22n Abs. 3 BWG); vgl. dazu auch Rn (82) ff.

⁴ Zuordnungen nach IFRS lassen nicht notwendigerweise Schlussfolgerungen auf Zuordnungen nach UGB zu.

⁵ Für Sonderfragen der Umgliederung bei Kreditinstituten iZm einem Wechsel zwischen einer Bewertung zu Anschaffungskosten und beizulegendem Wert siehe Frage 12.

plausiblen Einblick in die Gründe für die erstmalige Zuordnung oder eine spätere Umgliederung vermitteln und den Zeitpunkt der Zuordnung festhalten.

- (6) Soll ein finanzieller Vermögensgegenstand dem Finanzanlagevermögen zugeordnet werden, ist zu diesem Zeitpunkt die Absicht nachvollziehbar zu dokumentieren, den Vermögensgegenstand dauerhaft zu halten (§ 198 Abs. 2 und 4 UGB). Neben der Absicht umfasst die Dokumentation auch die Fähigkeit, das Finanzanlagevermögen dauerhaft zu halten (vgl. Rn (2) f); die Fähigkeit ist im Zweifel im Rahmen der Abschlusserstellung zu dokumentieren (ggf. auch bei der Erstellung von Zwischenabschlüssen bzw. bei Kreditinstituten bei der Erstellung des Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweises).
- (7) Im Zeitpunkt einer Umgliederung zwischen Finanzanlagevermögen und Finanzumlaufvermögen ist eine Dokumentation erforderlich, die den Zeitpunkt der Umgliederung und die Gründe der Umgliederung nachvollziehbar beschreibt. Werden wiederholt oder in wesentlichem Umfang Bestände des Anlagevermögens entgegen der früher dokumentierten Absicht veräußert oder ins Umlaufvermögen umgegliedert, dann ist für die im Finanzanlagevermögen verbliebenen Instrumente die Absicht neuerlich plausibel zu dokumentieren, diese im Gegensatz dazu dauerhaft zu halten.
- (8) Der Umfang und die Genauigkeit der Dokumentation gemäß Rn (6) und (7) sind abhängig vom Umfang der betroffenen Finanzinstrumente und der Komplexität der Organisation des Unternehmens. Bei Unternehmen, die Finanzinstrumente in größerem Umfang halten (insbesondere Unternehmen der Finanzbranche), hat die Dokumentation die formelle Beschlussfassung der in-

tern zuständigen Gremien⁶ (z.B. Vorstände, interne Ausschüsse) und die Gründe für die Entscheidung zu enthalten. Dokumentationen gemäß Rn (6) und (7) können für Gruppen art- und funktionsgleicher Vermögensgegenstände gesamthaft vorgenommen werden.

Frage 3 Unter welchen Voraussetzungen ist bei Wertpapieren des Anlagevermögens (§ 224 Abs. 2 A. III. Z 5 UGB) eine Wertminderung voraussichtlich von Dauer?

Festverzinsliche Wertpapiere mit fixem Einlösungsbetrag:

- (9) Bei festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens mit fixem Einlösungsbetrag kann in der Regel aufgrund der Halteabsicht und der Haltbarkeit unterstellt werden, dass durch Marktzinsänderungen bedingte Kursrückgänge keine voraussichtlich dauernde Wertminderung darstellen (vgl. Rn (14) zu notierten Schuldinstrumenten mit eingebetteten Derivaten).
- (10) Kursrückgänge, die auf die Verschlechterung der Bonität des Emittenten zurückzuführen sind, bilden hingegen einen Indikator für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung. Die Bonität des Emittenten hat sich jedenfalls in den folgenden Fällen verschlechtert:
- erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten;
 - ein Vertragsbruch des Emittenten, wie etwa Ausfall oder Verzögerung von Zins- oder Tilgungszahlungen;
 - Zugeständnisse des bilanzierenden Unternehmens an den Emittenten infolge wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit den

⁶ Für Kreditinstitute führen die EB zu BGBl 1993/532: 1130 BlgNR 18. GP zu § 56 BWG explizit aus: „Die Zweckbestimmung von Wertpapierbeständen, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, setzt eine aktenkundig zu machende Entscheidung der zuständigen Stelle voraus. Liegt eine entsprechende Entscheidung nicht vor, dürfen Wertpapiere nicht nach den für das Anlagevermögen geltenden Grundsätzen bewertet werden. Der Umstand, dass Wertpapiere über einen längeren Zeitraum gehalten werden, reicht nicht für die Annahme aus, dass diese Wertpapiere ... nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu bewerten sind.“ Bei Kreditinstituten bedarf es somit einer formellen Beschlussfassung der Geschäftsleiter oder der von diesen beauftragten, leitenden Mitarbeiter.

- finanziellen Schwierigkeiten des Emittenten, die das bilanzierende Unternehmen ansonsten nicht machen würde;
- eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass der Emittent in ein Insolvenz- oder sonstiges Sanierungsverfahren eintreten wird;
 - das Verschwinden eines aktiven Marktes für das Wertpapier infolge finanzieller Schwierigkeiten des Emittenten.
- (11) Die Herabstufung des Bonitätsratings auf einen verschlechterten Investment Grade ist für sich genommen kein Indikator für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung. Bei nicht gerateten Wertpapieren ist auf die entsprechenden Markt-Creditspreads zur analogen Unterscheidung in Investment Grades und Non Investment Grades abzustellen.
- (12) Die Herabstufung des Bonitätsratings in den Non Investment Grade-Bereich ist ein Indikator für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung. Bei nicht gerateten Wertpapieren ist auf die entsprechenden Markt-Creditspreads zur analogen Unterscheidung in Investment Grades und Non Investment Grades abzustellen.

Aktien, Partizipationsscheine und vergleichbare Finanzinstrumente:

- (13) Bei Aktien, Partizipationsscheinen und vergleichbaren Finanzinstrumenten des Anlagevermögens (wie etwa jenen im Sinne der Rn (14)) sind neben den in Rn (10) genannten Indikatoren folgende weitere Indikatoren für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung zu nennen:
- wesentliche negative Veränderungen des technologischen, ökonomischen, rechtlichen oder Marktumfelds des Emittenten;
 - wesentliche Abnahme des Börsenkurses zum Abschlussstichtag und im Wertaufhellungszeitraum;

- länger anhaltende Abnahme des Börsenkurses in der Zeit vor dem Abschlussstichtag. Liegt der Börsenkurs in den letzten sechs Monaten vor dem Abschlussstichtag permanent um mehr als 20% unter dem Buchwert oder in den letzten zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag im Durchschnitt mehr als 10% unter dem Buchwert, liegt ein Indikator für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung vor. Entwicklungen des Börsenkurses bis zum Ende des Wertaufhellungszeitraums sind zu berücksichtigen.
- (14) Die Wertminderung von notierten Schuldinstrumenten mit eingebetteten Derivaten jeder Art, die im Vergleich zum Rahmenvertrag eine wesentlich abweichende Risiko- und Ertragsstruktur aufweisen, ist nach den in Rn (13) für Aktien genannten Indikatoren zu beurteilen.
- (15) Für zum Finanzanlagevermögen gehörende Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, sind gemäß § 237a Abs. 1 Z. 2 UGB im Anhang folgende Angaben zu machen, wenn eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 204 Abs. 2 zweiter Satz UGB unterblieben ist:
- Buchwert und beizulegender Zeitwert der einzelnen Vermögensgegenstände oder angemessener Gruppierungen sowie
 - die Gründe für das Unterlassen einer Abschreibung gemäß § 204 Abs. 2 UGB und jene Anhaltspunkte, die darauf hindeuten, dass die Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist.

Frage 4 Wie ist der Stetigkeitsgrundsatz bei der Ausübung des Wahlrechts betreffend Abschreibungen bei vorübergehender Wertminderung anzuwenden (§ 204 Abs. 2 letzter Satz UGB)?

- (16) Gegenstände des Anlagevermögens sind gemäß § 204 Abs. 2 UGB bei voraussichtlich dauernder Wertminderung ohne Rücksicht darauf, ob ihre Nutzung zeitlich begrenzt ist, außerplanmäßig auf den niedrigeren Wert abzuschreiben, der ihnen am Abschlussstichtag unter Bedachtnahme auf die Nutzungsmöglichkeit im Unternehmen beizulegen ist. Bei Finanzanlagen dürfen

solche Abschreibungen auch vorgenommen werden, wenn die Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist (gemildertes Niederstwertprinzip).

- (17) Im Rahmen der Folgebewertung der Finanzanlagen ist der Grundsatz der Bewertungsstetigkeit (§ 201 Abs. 2 Z 1 UGB) zu beachten, d.h. einmal gewählte Bewertungsgrundsätze oder Bewertungsmethoden können nicht beliebig geändert werden. Ein Abweichen von diesem Grundsatz ist nur bei Vorliegen besonderer Umstände zulässig (§ 201 Abs. 2 letzter Satz UGB) und im Anhang anzugeben (§ 236 Z 1 UGB).
- (18) Bei besonderen Umständen kann das Unternehmen die Ausnutzung des Wahlrechts ändern, wenn die Änderung einer getreueren Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dient. Als besondere Umstände kommen bei Finanzinstrumenten vor allem Änderungen von Gesetzen und der Rechtsprechung, der Übergang oder der Verzicht auf die Anwendung von Bewertungsvereinfachungsverfahren, wesentliche Änderungen im Bestand der betroffenen Finanzanlagen und Ereignisse, die zu strukturellen Änderungen des Unternehmens führen, in Betracht (z.B. wesentliche Veränderungen in der Gesellschafterstruktur, grundlegende Änderungen der Finanzierungsstruktur, Einbeziehung in einen oder Ausscheiden aus einem Konzernverbund, Änderungen der unternehmerischen Konzeption wie bei Wechsel des Managements, Einleitung von Sanierungsmaßnahmen). Ein besonderer Umstand ist auch eine massive Verschlechterung des Marktumfelds (z.B. der Wegfall eines aktiven Marktes), sofern diese Verschlechterung nicht zu einer dauerhaften Wertminderung führt. Eine Änderung aus rein bilanzpolitischen Gründen ist nicht zulässig. Auch die bloße Absicht, den Ausweis eines Jahresfehlbetrages oder eines Bilanzverlustes zu vermeiden, ist kein Grund für eine Abkehr vom Grundsatz der Bewertungsstetigkeit (dies ergibt sich auch aus § 201 Abs. 2 Z 4 lit. c UGB).
- (19) Der Grundsatz der Bewertungsstetigkeit erfordert nicht nur eine stetige Bewertung in aufeinander folgenden Perioden, sondern auch eine einheitliche Bewertung art- und funktionsgleicher Finanzanlagen zum Abschlussstichtag.

Wird von dem Wahlrecht des § 204 Abs. 2 letzter Satz UGB⁷ (oder anderen Wahlrechten) unterschiedlich Gebrauch gemacht, dann sind aussagekräftige Gruppen art- und funktionsgleicher finanzieller Vermögensgegenstände zu definieren und zu dokumentieren. Die Zuordnungen von Vermögensgegenständen zu diesen Gruppen bei Anschaffung sowie spätere Änderungen dieser Zuordnung sind ebenfalls zu dokumentieren (zur Dokumentation siehe Rn (5)).

- (20) Die Bildung der Gruppen art- und funktionsgleicher Finanzanlagen richtet sich nach dem Umfang der Finanzinstrumente im Unternehmen, nach der Unterschiedlichkeit ihrer Merkmale und nach dem Organisationsgrad des Unternehmens. Folgende Entscheidungsmerkmale können beispielsweise bei der Bildung der Gruppen berücksichtigt werden, soweit sie für das Unternehmen relevant sind: Die Zuordnung zu bestimmten Bilanzposten (z.B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens), die rechtliche Qualifikation (z.B. Aktien, Investmentfondsanteile, Schuldverschreibungen), Währungen, Laufzeiten, die Branche oder der Sitzstaat der Gegenpartei sowie die Funktion im Liquiditätsmanagement. Die Bonität oder das Rating der Gegenpartei ist idR kein geeignetes Kriterium für die Bildung dieser Gruppen.
- (21) Die Tatsache des Abweichens vom Grundsatz der Bewertungsstetigkeit und die besonderen Umstände, auf die sich die Zulässigkeit des Abweichens gründet, sind im Anhang anzugeben und zu begründen. Weiters sind die Auswirkungen des Abweichens auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Anhang darzustellen (§ 236 Z 1 UGB).

Basis for Conclusions:

Zu Rn (18): Die EB zu § 201 der Regierungsvorlage des Rechnungslegungsgesetzes (RV 1270) führen zum Grundsatz der Bewertungsstetigkeit aus: „Der Grundsatz der Bewertungsstetigkeit

⁷ Bei Kreditinstituten ist auch das Wahlrecht gemäß § 56 Abs. 2 und 3 BWG einheitlich auszuüben, Agios und Disagios von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren zeitanteilig zu erfassen. Auch dabei sind die definierten Gruppen von Finanzanlagen zugrunde zu legen.

„Grundsatzfragen der unternehmensrechtlichen Bilanzierung von Finanzanlage- und -umlaufvermögen“

bedeutet, dass gleichartige Vermögensgegenstände und Schulden nach den gleichen Methoden und Grundsätzen wie in den Vorjahren zu bewerten sind, außer die für die Bewertung maßgeblichen Verhältnisse haben sich wesentlich verändert. ... Die angewandte abweichende Bewertungsmethode muss zulässig sein und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen. Die Abweichungen müssen überdies im Anhang von Kapitalgesellschaften angegeben und begründet werden. ... Eine Änderung der Bewertungsmethoden aus rein bilanzpolitischen Gründen ist hingegen nicht zulässig.“

Auf Grund seiner weiten Definition umfasst das Stetigkeitsprinzip auch Wertansatzwahlrechte wie das gemilderte Niederstwertprinzip im Finanzanlagevermögen (*Gassner et al.* in Straube, HGB-Kommentar², Bd. 2 (2000), § 201 HGB Rn 21, *Egger/Samer/Bertl*, Der Jahresabschluss nach dem UGB¹², Bd. 1, S. 58). Die in Rn (18) angeführten, besonderen Umstände beruhen im Wesentlichen auf den im Schrifttum anerkannten Ausnahmen vom Stetigkeitsgrundsatz (vgl. dazu auch *Gassner et al.* in Straube, HGB-Kommentar², Bd. 2 (2000), § 201 HGB Rn 27f, *Winkeljohann/Büssow*, in Beck Bil-Komm⁷ (2010), § 252 HGB Rn 59 bis 62 und IWP RL/1), soweit diese für das Wahlrecht einschlägig sind (nicht einschlägig für das Wahlrecht sind z.B. die Nutzung ansonsten verfallender steuerlicher Verlustvorträge oder Anpassungen an Ergebnisse der Betriebsprüfung). Eine massive Verschlechterung des Marktumfelds wird im Schrifttum zwar bisher nicht als besonderer Umstand genannt, dieser Umstand wurde aber aus den Erfahrungen aus der Finanzkrise aufgenommen, wo in Einzelfällen die Vornahme von Abschreibungen bei vorübergehender Wertminderung bei Finanzanlagen nicht zu einer getreueren Darstellung der Vermögens-, Finanz und Ertragslage geführt hätte.

Die Ausführungen gelten auch für Kreditinstitute. *Perkounigg/Stecher* in Dellinger, BWG-Kommentar, 4. Lfg. (2010), § 55 BWG Rn 22 schlagen vor, Kreditinstitute könnten mit § 57 Abs. 1 letzter Satz BWG bei besonderen Umständen vom Stetigkeitsgrundsatz abweichen. Da nach nunmehriger Rechtslage bereits § 201 Abs. 2 letzter Satz UGB ein Abweichen bei besonderen Umständen zulässt, muss dazu nicht § 57 Abs. 1 BWG letzter Satz herangezogen werden, der überdies explizit nur auf § 201 Abs. 1 (nunmehr Abs. 2) Z 4 UGB und damit nicht auf den Stetigkeitsgrundsatz verweist. Siehe zu dieser Problematik auch die Frage 11.

Zu Rn (20): Die EB (RV 1270) zum Stetigkeitsgrundsatz setzen gleiche Methoden und Grundsätze für gleichartige Vermögensgegenstände (und Schulden) voraus. Die Literatur leitet aus dem Stetigkeitsgrundsatz den Grundsatz einer einheitlichen Bewertung art- und funktionsgleicher Vermögensgegenstände (und Schulden) ab (vgl. IWP RL/1 Abschnitt 1.2, *Gassner et al.* in Straube, HGB-Kommentar², Bd. 2 (2000), § 201 HGB Rn 20 f; *Winkeljohann/Büssow*, in Beck Bil-Komm⁷ (2010), § 252 HGB Rn 58 ff). Es ist allerdings strittig, ob auch § 204 Abs. 2 letzter Satz UGB davon erfasst ist (vgl. kritisch und mwN *Hirschler/Neugschwandtner* in Hirschler, Bilanzrecht (2009), § 201 Rn 10 f; unstrittig ist nur die stetige Bewertung individueller Vermögensgegenstände in aufeinander folgenden Perioden). Allerdings hat der österreichische Gesetzgeber laut den EB ein sehr weitgehendes Verständnis des

Stetigkeitsgebots beabsichtigt (arg. „gleichartige Vermögensgegenstände und Schulden nach den gleichen Methoden und Grundsätzen“). Angesichts des Ziels des Stetigkeitsgrundsatzes, eine möglichst objektivierte (willkürfreie) Verwendung von Wahlrechten zu gewährleisten, wäre es nicht sachgerecht, das Wahlrecht innerhalb von einheitlich geführten Portfolios unterschiedlich auszuüben.

Um die Einhaltung dieses Grundsatzes nachzuvollziehen, ist auf Grund von § 190 UGB eine angemessene Dokumentation in den Büchern erforderlich.

Die Bonität der Gegenpartei ist deshalb kein geeignetes Kriterium, weil sie nicht die Art und Funktion der finanziellen Vermögensgegenstände im Unternehmen widerspiegelt, sich laufend verändern kann (also von vornherein nicht stetig ist) und eine wesentliche Verschlechterung der Bonität ohnedies ein Hinweis auf eine dauerhafte Wertminderung wäre, sodass vom Wahlrecht des § 204 Abs. 2 letzter Satz UGB kein Gebrauch gemacht werden könnte.

Frage 5 Wie können bei der Bewertung von Wertpapieren des Anlage- (§ 224 Abs. 2 A. III. Z. 5 UGB) und des Umlaufvermögens (§ 224 Abs. 2 B. III. Z. 2 UGB) inaktive Märkte von aktiven Märkten unterschieden werden?

- (22) Der beizulegende Wert von Wertpapieren des Anlage- (§ 224 Abs. 2 A. III. Z. 5 UGB) und des Umlaufvermögens (§ 224 Abs. 2 B. III. Z. 2 UGB) ist der beizulegende Zeitwert gemäß § 237a Abs. 3 UGB.⁸ Dieser beizulegende Zeitwert entspricht dem Marktwert der Wertpapiere, sofern ein solcher feststellbar ist.
- (23) Börsenkurse oder Marktpreise in einem aktiven Markt sind im Sinne des § 237a Abs. 3 UGB bei der Feststellung von Marktwerten heranzuziehen. Für Börsenkurse oder Marktpreise in inaktiven Märkten gilt dies nicht. Für einen inaktiven Markt können folgende Indikatoren⁹ sprechen:

⁸ Nach den Materialien zum Fair Value-Bewertungsgesetz (BGBl. I 2003/118) ist der beizulegende Zeitwert mit dem beizulegenden Wert gleichzusetzen (vgl. 176 der Beilagen XXII. GP – Regierungsvorlage – Materialien, S. 5).

⁹ Vgl. Report „Measuring and disclosing the fair value of financial instruments in markets that are no longer active“ des IASB Expert Advisory Panels vom 31. Oktober 2008, Rz. 18f. und SFAS 157.A32B (Example 11 eingefügt durch die FSP FAS 157-3 vom 10. Oktober 2008).

- ein wesentlicher Einbruch des Handelsvolumens oder der Handelsaktivitäten;
- verfügbare Börsenkurse oder Marktpreise variieren wesentlich im Zeitablauf oder zwischen Marktteilnehmern oder die Börsenkurse oder Marktpreise sind nicht aktuell;
- ein wesentlicher Anstieg der Bid/Ask-Spreads.

Diese Indikatoren müssen für sich genommen allerdings nicht notwendigerweise bedeuten, dass ein Markt inaktiv ist.¹⁰

- (24) Kommt der Börsenkurs oder Marktpreis eines Wertpapiers des Anlage- oder Umlaufvermögens in einem inaktiven Markt zustande, so ist sein beizulegender Zeitwert, sofern dies möglich ist, aus den Marktwerten seiner einzelnen Bestandteile oder aus dem Marktwert eines gleichartigen Wertpapiers abzuleiten.
- (25) Ist die Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes eines Wertpapiers des Anlage- oder Umlaufvermögens gemäß Rn (22) bis (24) nicht möglich, ist der beizulegende Zeitwert gemäß § 237a Abs. 3 UGB mit Hilfe allgemein anerkannter Bewertungsmodelle und -methoden zu bestimmen, sofern diese eine angemessene Annäherung an den Marktwert gewährleisten. Bei der Anwendung allgemein anerkannter Bewertungsmodelle und -methoden sind die zentralen Annahmen, die jeweils der Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes zugrunde gelegt wurden, im Anhang anzugeben.
- (26) Im Sinne der Generalnorm des § 222 Abs. 2 und des § 236 erster Satz UGB ist im Anhang über die Gründe für die Annahme eines inaktiven Marktes sowie über den Unterschiedsbetrag zwischen dem Kurs oder Preis auf dem inaktiven Markt und dem Buchwert zu berichten.

¹⁰ Vgl. Rz. 23 des CESR Statement „Fair value measurement and related disclosures of financial instruments in illiquid markets“ (Ref: CESR/08-437, Juli 2008).

„Grundsatzfragen der unternehmensrechtlichen Bilanzierung von Finanzanlage- und -umlaufvermögen“

Frage 6 Kann bei der Bewertung von Finanzanlage- und Finanzumlaufvermögen statt des Börsenkurses am Abschlussstichtag auch ein durchschnittlicher Börsenkurs rund um den Abschlussstichtag herangezogen werden?

- (27) Wenn Finanzanlage- oder Finanzumlaufvermögen zum Börsenkurs bewertet werden muss und der Börsenkurs sich an einem aktiven Markt gebildet hat, ist grundsätzlich der Kurs am Abschlussstichtag heranzuziehen.
- (28) Bei volatilen Kursen rund um den Abschlussstichtag kann ein Durchschnittskurs herangezogen werden.¹¹ Liegt der Kurs am Abschlussstichtag über dem allgemeinem Kursniveau (z.B. auf Grund von „Ultimogeschäften“), ist jedenfalls eine Anpassung an den Durchschnittskurs erforderlich. Die Frist für die Durchschnittsbildung soll zehn Börsetage (Schlusskurs an je fünf Börsetagen vor und nach dem Abschlussstichtag) nicht übersteigen. Die gewählte Bewertungsmethode ist stetig anzuwenden. Ein Abweichen von der Stetigkeit ist gemäß § 201 Abs. 2 letzter Satz UGB nur bei Vorliegen besonderer Umstände (etwa wechselnde Marktbedingungen) zulässig.¹² Eine Bewertung zum Kurs eines vor dem Abschlussstichtag liegenden Tages ist bei Marktvolatilitäten keinesfalls zulässig.
- (29) Im Sinne der Generalnorm des § 222 Abs. 2 und des § 236 erster Satz UGB ist im Anhang über eine Durchschnittsbildung gemäß Rn (28) zu berichten.

Frage 7 Wie sind Wertminderungen von Investmentfondsanteilen im Finanzanlagevermögen zu bilanzieren?

- (30) Anteilsscheine an Investmentfonds sind eigenständige finanzielle Vermögensgegenstände und als solche Gegenstand der Bilanzierung. Ein Anteilsschein kann nur insgesamt dem Finanzanlagevermögen oder dem Finanzumlaufvermögen zugeordnet werden und nur insgesamt zu seinen Anschaffungskosten

¹¹ Vgl. Gassner et al. in Straube, HGB II²/RLG § 207 Rz. 9.

¹² Vgl. Frage 4, Rn (16) ff.

oder, wenn niedriger, grundsätzlich zu seinem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt werden.

- (31) Der beizulegende Wert von Investmentfondsanteilen ist grundsätzlich sein Rechenwert, sofern keine Indizien für einen abweichenden beizulegenden Wert vorliegen.
- (32) Zur Beurteilung, ob eine Wertminderung eines Investmentfonds voraussichtlich von Dauer oder nur vorübergehend ist, sind weitere, nachfolgend beschriebene Besonderheiten zu beachten.
- (33) Eine vorübergehende Wertminderung des Investmentfondsanteils kann nur dann vorliegen, wenn die Wertminderung nicht auf Verlusten basiert, die im Fonds bereits durch Umsatzakte realisiert wurden. Ferner liegt eine vorübergehende Wertminderung nur dann vor, wenn auf absehbare Zeit vertraglich oder faktisch ausgeschlossen ist, dass wertgeminderte Veranlagungen des Fonds veräußert werden (müssen).

Beispiele:

- Ein Fonds ist folgendermaßen strukturiert:
 - Der Fonds wird ausschließlich von einem Investor oder von einer Gruppe von Investoren gehalten, die eine schriftlich dokumentierte gemeinsame Strategie verfolgen, die auf dauerhaftes Halten der im Fonds befindlichen Wertpapiere abzielt.
 - Der Investor oder die Gruppe der Investoren als Anteilsinhaber beeinflusst die Veranlagungsstrategie des Fonds maßgeblich.
 - Bei mehreren Anteilshabern ist die Absicht sämtlicher Anteilshaber, Anteilsscheinrücklösungen dauerhaft zu unterlassen, schriftlich dokumentiert.

Auf die Absicht, Anteilsscheinrücklösungen zu unterlassen, kommt es insoweit nicht an, als wahrscheinliche Anteilsrücklösungen anderer Investoren durch im Fonds vorhandene liquide Mittel und marktgängi-

- ge, nicht wertgeminderte Veranlagungen ausreichend bedient werden können.
- Der Manager eines Fonds idR vorigen Teilstrichs hat wertgeminderte Aktien bereits veräußert und den Erlös in Anleihen investiert. Der daraus resultierende Verlust ist damit bereits realisiert, sodass aus Sicht des Investors eine dauerhafte Wertminderung vorliegt.
 - Ein Unternehmen investiert in einen Dachfonds, der wiederum in mehrere Einzelfonds investiert. Bei Dachfonds kann idR nicht zuverlässig ausgeschlossen werden, dass wertgeminderte Veranlagungen der nachgelagerten Fonds veräußert werden (müssen). Wertminderungen des Anteils am Dachfonds sind daher grundsätzlich als dauerhafte Wertminderungen zu behandeln.
- (34) Ist eine Veräußerung wertgeminderter Veranlagungen auf absehbare Zeit ausgeschlossen (Rn (33)), dann ist das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung anhand der Zusammensetzung des Investmentfondsvermögens zu beurteilen:
- Enthält der Fonds zu über 90 % seines Vermögens nur festverzinsliche finanzielle Vermögensgegenstände mit fixem Einlösungsbetrag und ist der Fonds höchstens Verbindlichkeiten von 10 % seines Vermögens eingegangen, ist eine Verminderung des Rechenwerts, die vorwiegend auf die Bonität der Emittenten zurückzuführen sind, ein Indikator für eine dauerhafte Wertminderung des Fondsanteils; durch Marktzensänderungen bedingte Verminderungen des Rechenwerts stellen idR keine dauerhafte Wertminderung dar (heranzuziehen sind die Kriterien der Rn (9) ff).
 - Enthält der Fonds (auch) Aktien, Partizipationsscheine und vergleichbare Finanzinstrumente (einschließlich jene mit eingebetteten Derivaten) von über 10 % seines Vermögens oder ist der Fonds Verbindlichkeiten von über 10 % seines Vermögens eingegangen, dann ist bei einer länger anhaltenden oder wesentlichen Verminderung des Rechenwerts jedenfalls

von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen (heranzuziehen sind die Kriterien der Rn (13) ff).

- (35) Ist die aktuelle Zusammensetzung des Fonds nicht in einem ausreichenden Detaillierungsgrad bekannt, um die in Rn (34) erster und zweiter Teilstrich genannten Indikatoren zu überprüfen, ist bei einer wesentlichen oder länger andauernden Verminderung des Rechenwerts auf Grund des Vorsichtsprinzips jedenfalls von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen.
- (36) Wurde der Fonds vorübergehend suspendiert und stehen keine aktuellen Rechenwerte mehr zur Verfügung, so ist der beizulegende Wert nach allen verfügbaren Informationen unter Berücksichtigung der letzten bekannten Zusammensetzung zu schätzen, wobei im Zweifel eher von einem niedrigeren als von einem höheren Wert auszugehen ist.

Basis for Conclusions:

Zu Rn (30): Der Rechenwert, der z.B. bei österreichischen Fonds auf Grund von § 7 InvFG bzw. § 8 ImmoInvFG ermittelt wird, entspricht im Regelfall dem beizulegenden Wert. Gibt es allerdings Indizien dafür, dass der Rechenwert nicht die tatsächlichen, aktuellen Wertverhältnisse im Fondsvermögen widerspiegelt, muss der beizulegende Wert gesondert ermittelt werden (bei der Ermittlung des beizulegenden Wertes der Anteilsscheine sind hinsichtlich des Fondsvermögens die Grundsätze in Frage 5 zu beachten). Bei Bewertungsunsicherheiten sind auch die unterschiedlichen Zielsetzungen zu beachten: Während die Rechenwerte einer möglichst neutralen Festsetzung von Ausgabe- und Rücknahmepreisen dienen, ist das UGB mit dem Vorsichtsprinzip dem Gläubigerschutz verpflichtet, wonach im Zweifel eher von einem niedrigeren als von einem höheren Wert auszugehen ist.

Zu Rn (32) ff: Die Literatur stellt für die Beurteilung der Dauerhaftigkeit grundsätzlich auf die Zusammensetzung des Fondvermögens ab (vgl. *Scharpf/Schaber*, Handbuch Bankbilanz³ (2009), S. 109 mwN, *Stöffler*, Versicherungswirtschaft 2005, S. 337, *Freiling et al.*, Versicherungswirtschaft 2006, S. 1306). Allerdings verbietet der Grundsatz der Einzelbewertung, einen Anteilsschein in Bewertungsobjekte zu zerlegen und die Frage der Dauerhaftigkeit gesondert zu beurteilen. Somit kann auch kein „Zwischenwert“ zwischen Anschaffungskosten und niedrigerem beizulegenden Wert (Rechenwert) angesetzt werden, der dauerhafte von nicht dauerhaften Verlusten im Fondsvermögen trennt. Im Zweifel ist wegen des Vorsichtsprinzips eher von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen.

Zu Rn (34): Der Fondsanteil wird durch einen wesentlichen Anteil von Eigenkapitalinstrumenten oder strukturierten Instrumenten hinsichtlich des Verlustrisikos selbst zu einem Instrument, dessen Wertminderung wie bei Aktien zu beurteilen ist (es kommt nicht mehr nur auf die Bonität der Wertpapieremittenten an, sondern darauf, ob die Kurse wesentlich oder dauerhaft gesunken sind oder die Wertminderung auf einer Verschlechterung im Marktumfeld der Wertpapieremittenten beruht). Bei wesentlicher Fremdfinanzierung (Leverage) steigt das Risiko der Anteilsinhaber, ähnlich wie bei einem Eigenkapitalinstrument. Daher ist der Fondsanteil wie eine Aktie zu beurteilen. Derivate, die nicht bloß Sicherungsinstrumente sind, führen zum selben Ergebnis.

Ein Überschreiten von 10 % in Bezug auf das Fondsvermögens wurde in Anlehnung an § 4 Abs. 3 InvFG als Wesentlichkeitsgrenze gewählt, ab wann Fondsanteile zur Beurteilung der Dauerhaftigkeit wie Aktien zu behandeln sind.

Frage 8 Wann kommt es bei einem Tausch finanzieller Vermögensgegenstände oder bei Veräußerung in Form einer gemischten Transaktion zur Ergebnisrealisierung?

- (37) Bei einem originär angeschafften finanziellen Vermögensgegenstand (z.B. einer Kreditforderung oder einer Ausleihung) entsprechen die Anschaffungskosten grundsätzlich dem Zahlungsbetrag einschließlich allfälliger Anschaffungsnebenkosten; der Anschaffungsvorgang ist grundsätzlich erfolgsneutral. Entspricht der Zahlungsbetrag aber nicht dem beizulegenden Wert, ist zu prüfen, ob nicht zugleich andere Finanzinstrumente angeschafft oder veräußert bzw. andere Leistungen erbracht wurden. Wird ein finanzieller Vermögensgegenstand von einem Gesellschafter oder einem verbundenen Unternehmen erworben, dann stellen allfällige Differenzen zum fremdüblichen Wert regelmäßig einen Gesellschafterzuschuss oder eine verdeckte Ausschüttung dar, die als solche gesondert zu erfassen und nach Maßgabe des § 237 Z 8b UGB im Anhang anzugeben sind; dies gilt entsprechend für die Veräußerung finanzieller Vermögensgegenstände.
- (38) Erhält das Unternehmen einen finanziellen Vermögensgegenstand als Gegenleistung für die Hingabe eines anderen finanziellen Vermögensgegenstands, dann liegt grundsätzlich ein erfolgswirksamer Umsatzakt vor, sofern der Vorgang nicht unter § 202 Abs. 2 UGB fällt. Der beizulegende Wert des

hingegenen finanziellen Vermögensgegenstands stellt die Anschaffungskosten des erworbenen finanziellen Vermögensgegenstands dar. Kann der beizulegende Wert (gemäß § 237a UGB) des hingegenen Vermögensgegenstandes nicht verlässlich ermittelt werden, dann ist der beizulegende Wert des erhaltenen Vermögensgegenstandes das beste Indiz für diesen Wert, sofern keine Hinweise auf eine nicht fremdübliche Transaktion vorliegen.

Beispiel: Unternehmen A veräußert wertgeminderte, börsennotierte Anleihen (Nominale und Buchwert 100 T€, beizulegender Wert 85 T€) an Unternehmen B und erwirbt im Gegenzug Nullkuponanleihen mit langer Restlaufzeit (Nominale 100 T€, beizulegender Wert 84 T€). Durch den Tausch kann die Erfassung des Wertverlustes der veräußerten finanziellen Vermögensgegenstände nicht verhindert werden. Der Veräußerungsverlust ist zu erfassen. Die Anschaffungskosten der erhaltenen Nullkuponanleihen ergeben sich aus dem beizulegenden Wert der hingegenen Anleihen (85 T€). Im Rahmen der Folgebewertung ist nach den jeweils einschlägigen Bestimmungen zu prüfen, ob der erhaltene Gegenstand auf seinen niedrigeren beizulegenden Wert abzuschreiben ist.

- (39) Kein erfolgswirksamer Tauschvorgang, sondern ein einheitlicher Anschaffungs- oder Veräußerungsvorgang, ist die Erfüllung eines Options- oder Wandlungsrechts oder eines Termingeschäfts durch physische Lieferung. Auch ein Aktiensplit oder vergleichbare Vorgänge sind erfolgsneutral.
- (40) Ein Veräußerungsgewinn darf nur dann realisiert werden, wenn im Wesentlichen alle Chancen und Risiken aus dem hingegenen Finanzinstrument endgültig übertragen wurden. Dies ist beispielsweise dann nicht der Fall, wenn der erhaltene Vermögensgegenstand ein vergleichbares Chancen- und Risikoprofil wie der hingegenene Vermögensgegenstand aufweist.

Basis for Conclusions

Zu Rn (37): Auf Grund des Anschaffungskostenprinzips ist der Auszahlungsbetrag auch bei unzureichend verzinsten finanziellen Vermögensgegenständen heranzuziehen (vgl. etwa *Ellrott/Brendt* in Beck Bil-Komm⁷ (2010), § 255 HGB Rn 257). Da Transaktionen mit unabhängigen Dritten aber idR

⁷„Grundsatzfragen der unternehmensrechtlichen Bilanzierung von Finanzanlage- und -umlaufvermögen“

zu marktüblichen Bedingungen erfolgen, können Abweichungen von den marktüblichen Bedingungen ein Hinweis auf das Vorliegen anderer Finanzinstrumente sein (z.B. Derivate, Garantien), die auf Grund des Einzelbewertungsgrundsatzes ggf. gesondert zu erfassen sind. Bei Transaktionen mit Gesellschaftern oder nahe stehenden Unternehmen kann in diesem Fall eine Leistung auf Grund der Gesellschafterstellung (Zuschuss oder verdeckte Ausschüttung) vorliegen; die konkrete Bilanzierung richtet sich nach der Art der Leistung und wird an dieser Stelle nicht besprochen.

Zu Rn (50): Tauschvorgänge von Finanzinstrumenten sind in der Literatur bisher kaum kommentiert. Allgemein – also nicht konkret für Finanzinstrumente – geht die Literatur zum deutschen HGB von einem Wahlrecht zwischen einer Gewinnrealisierung und einer erfolgsneutralen Behandlung bzw. der Buchwertfortführung aus (vgl. etwa *Ellrott/Brendt* in Beck Bil-Komm⁷ (2010), § 255 HGB Rn 131). Für den Verlustfall wird dabei aber keine erfolgsneutrale Erfassung gefordert. Die österreichische Literatur bevorzugt eher die erfolgswirksame Behandlung (vgl. *Gassner et al. in Straube*, HGB-Kommentar², Bd. 2 (2000), § 203 HGB Rn 10; *Hueber/Kofler* in *Kofler et al*, HBA³, 1. Lfg (1998), § 203 Abs. 2 HGB Rn 72 f; *Janschek/Jung* in *Hirschler*, Bilanzrecht (2009), § 203 Rn 47 mwN).

Unstrittig ist allerdings, dass die Veräußerung eines Vermögensgegenstandes auf Ziel (also gegen eine Geldforderung) grundsätzlich erfolgswirksam ist: Die Forderung – ein Finanzinstrument – ist mit dem Geldbetrag (bzw. Barwert) und nicht mit dem Buchwert des hingegebenen Vermögensgegenstands zu bewerten. Eine erfolgsneutrale Verbuchung von Tauschvorgängen kann daher bei Finanzinstrumenten nicht generell zulässig sein. Aus Sicht des AFRAC ist eine Differenzierung nach der Art des erhaltenen Finanzinstruments allerdings nicht sachgerecht, weil alle Finanzinstrumente Ansprüche auf Geldflüsse verkörpern.

Der Erfolg aus einem Tauschvorgang ergibt sich indirekt aus dem Anschaffungskostenbegriff des § 203 Abs. 2 bzw. § 206 Abs. 2 UGB und nicht umgekehrt. Daher ist grundsätzlich der (absatzorientierte) beizulegende Wert des hingegebenen Vermögensgegenstandes maßgeblich (*Janschek/Jung* in *Hirschler*, Bilanzrecht (2009), § 203 Rn 47 mwN).

Zu (40): Die generelle Frage, welche Formen der Übertragung von Finanzinstrumenten zur Gewinnrealisierung bzw. zur Ausbuchung führen, wird (mit Ausnahme der Frage 10) in dieser Stellungnahme nicht ausführlich behandelt. Beispielsweise führt ein Tausch gegen ein weitgehend gleiches Finanzinstrument oder die Zurückbehaltung wesentlicher Chancen oder Risiken im Rahmen von Garantien oder Kreditderivaten nicht zur endgültigen Übertragung. Zur Lösung weiterführender Fragen können insoweit die Stellungnahmen des deutschen Instituts der Wirtschaftsprüfer zur Orientierung herangezogen werden, und zwar IDW ERS HFA 13 (Einzelfragen zum Übergang von wirtschaftlichem Eigentum und zur Gewinnrealisierung nach HGB, WPg Supplement 1/2007, S. 69 ff.) und IDW RS HFA 8 (Zweifelsfragen der Bilanzierung von asset backed securities-Gestaltungen und ähnlichen Transaktionen, WPg 21/2002, S. 1151 ff. und WPg 4/2004, S. 138).

Frage 9 Wie sind Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihegeschäfte zu bilanzieren?

- (41) Pensionsgeschäfte („Repurchase Agreements“) werden vorwiegend von Kreditinstituten, aber auch von anderen Unternehmen abgeschlossen; daher wird nachfolgend die Behandlung branchenunabhängig dargestellt.
- (42) Pensionsgeschäfte sind Verträge, durch die ein Unternehmen (Pensionsgeber) ihm gehörende Vermögensgegenstände einem anderen Unternehmen (Pensionsnehmer) gegen Zahlung eines Betrages überträgt und in denen gleichzeitig vereinbart wird, dass die Vermögensgegenstände später gegen Entrichtung des erhaltenen oder eines im Voraus vereinbarten anderen Betrages an den Pensionsgeber zurück übertragen werden. Im Regelfall handelt es sich dabei um Wertpapiere.

Echte Pensionsgeschäfte:

- (43) Übernimmt der Pensionsnehmer die Verpflichtung, die Vermögensgegenstände zu einem bestimmten oder vom Pensionsgeber zu bestimmenden Zeitpunkt zurückzuübertragen, so handelt es sich um ein echtes Pensionsgeschäft.
- (44) Da auf Grund der Rückgabeverpflichtung zwar das zivilrechtliche Eigentum, nicht aber das wirtschaftliche Eigentum auf den Pensionsnehmer übergehen, darf der Pensionsgegenstand vom Pensionsgeber nicht ausgebucht werden: „Im Falle von echten Pensionsgeschäften sind die übertragenen Vermögensgegenstände in der Bilanz des Pensionsgebers weiterhin auszuweisen. Der Pensionsgeber hat in Höhe des für die Übertragung erhaltenen Betrages eine Verbindlichkeit gegenüber dem Pensionsnehmer auszuweisen. Ist für die Rückübertragung ein höherer oder ein niedrigerer Betrag vereinbart, so ist der Unterschiedsbetrag über die Laufzeit des Pensionsgeschäftes zu verteilen. Außerdem hat der Pensionsgeber den Buchwert der in Pension gegebenen Vermögensgegenstände im Anhang anzugeben. Der Pensionsnehmer darf die ihm in Pension gegebenen Vermögensgegenstände nicht in seiner Bilanz

ausweisen; er hat in Höhe des für die Übertragung gezahlten Betrages eine Forderung an den Pensionsgeber in seiner Bilanz auszuweisen. Ist für die Rückübertragung ein höherer oder ein niedrigerer Betrag vereinbart, so ist der Unterschiedsbetrag über die Laufzeit des Pensionsgeschäfts zu verteilen.“ (§ 50 Abs. 4 BWG).

- (45) Differenzen zwischen dem erhaltenen Betrag und dem vereinbarten Rücknahmepreis sind periodengerecht als Zinsen zu erfassen. Laufende Erträge aus dem Pensionsgut (z.B. Zinsen oder Dividenden) sind dem Pensionsgeber zuzurechnen und werden entsprechend dem Bilanzausweis beim Pensionsgeber erfasst (fließen sie nicht direkt dem Pensionsgeber zu, so wird idR ein Differenzausgleich vereinbart).
- (46) Das echte Pensionsgeschäft wird somit als Kreditgewährung bilanziert, das Pensionsgut dient dem Pensionsnehmer als Kreditsicherheit; sein beizulegender Wert abzüglich der Verwertungskosten stellt ggf. die Untergrenze für eine Abschreibung im Fall einer Wertminderung der Forderung an den Pensionsgeber dar. Weicht der vereinbarte Kaufpreis vom Buchwert ab, entsteht kein Veräußerungsgewinn oder -verlust. Ein niedrigerer Kaufpreis kann aber ein Hinweis auf eine Wertminderung sein.
- (47) Bei echten Pensionsgeschäften ist ferner § 237 Z 1 lit. c UGB zu beachten. Danach ist im Rahmen der Angaben zu Verbindlichkeiten eine gesonderte Angabe des Gesamtbetrags von Verbindlichkeiten erforderlich, für die dingliche Sicherheiten bestellt sind, unter Angabe von Art und Form der Sicherheiten.

Unechte Pensionsgeschäfte

- (48) Ist der Pensionsnehmer lediglich berechtigt, die Vermögensgegenstände zu einem vorher bestimmten oder von ihm noch zu bestimmenden Zeitpunkt zurückzuübertragen, so liegt ein unechtes Pensionsgeschäft vor. Im Falle von unechten Pensionsgeschäften sind die Vermögensgegenstände nicht in der

- Bilanz des Pensionsgebers, sondern in der Bilanz des Pensionsnehmers auszuweisen.
- (49) Die Frage, ob ein Rückübertragungsrecht oder eine Rückübertragungspflicht vorliegt und somit das wirtschaftliche Eigentum übergeht, ist nicht nur nach zivilrechtlichen, sondern auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten auszulegen. Hat sich der Pensionsnehmer schon bei Abschluss des Vertrags wirtschaftlich zur Rückübertragung verpflichtet, liegt ein echtes Pensionsgeschäft vor (etwa weil der vereinbarte Preis für die Rückübertragung um vieles höher ist als der Wert des Wertpapiers, sodass mit einer Rückübertragung sicher zu rechnen ist).
- (50) Der **Pensionsgeber** hält den Buchwert des ausgebuchten Pensionsgegenstandes für den Fall eines späteren Rückerwerbs in Evidenz. Liegt der Veräußerungspreis unter dem Buchwert, hat er die Differenz im Zeitpunkt der Übertragung als Veräußerungsverlust zu erfassen; der um diesen Verlust verminderte Buchwert wird für den Fall eines späteren Rückerwerbs in Evidenz gehalten.
- (51) Ist der erhaltene Kaufpreis höher als der Buchwert des Pensionsgegenstands, dann darf dieser Gewinn erst dann realisiert werden, wenn es zu keiner Rückübertragung aus dem Pensionsgeschäft mehr kommen kann (Verfall des Rückübertragungsrechts). Die Differenz zwischen Kaufpreis und Buchwert wird in einer Rückstellung für schwebende Geschäfte erfasst.
- (52) Fällt während der Laufzeit des Pensionsgeschäfts der beizulegende Wert des Pensionsgegenstands unter den in Evidenz gehaltenen Buchwert, ist die Differenz (ggf. zusätzlich) als Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu erfassen.
- (53) Wird der Pensionsgegenstand zurückerworben, ist er mit dem in Evidenz gehaltenen Buchwert zu aktivieren. Zugleich werden der zu leistende Kaufpreis erfasst und allfällige Rückstellungen für schwebende Geschäfte aufgelöst. Eine Differenz zwischen dem Buchwert einerseits und dem Kaufpreis ab-

züglich der Rückstellung andererseits ist erfolgswirksam. Unterbleibt der Rückkauf endgültig, so hat der Pensionsgeber die Rückstellung für schwebende Geschäfte aufzulösen und als Veräußerungsgewinn zu vereinnahmen.

- (54) Liegt der Buchwert des zurückübertragenen Pensionsguts unter den historischen Anschaffungskosten, ist bei einer späteren Wertsteigerung nach Maßgabe des § 208 UGB eine Zuschreibung erforderlich.
- (55) Ist der Pensionsgeber ein Kreditinstitut, hat er unter der Bilanz den für den Fall der Rückübertragung vereinbarten Betrag anzugeben (Anlage 2 zu § 43 BWG, zweiter Posten unter der Bilanz, darunter: Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften). Wurden Rückstellungen erfasst, vermindert sich der unter dem Strich anzugebende Betrag.
- (56) Ist der Pensionsgeber kein Kreditinstitut, ist die Verpflichtung zur Rücknahme gemäß § 237 Z 8 UGB anzugeben. Wurden Rückstellungen erfasst, vermindert sich der im Anhang anzugebende Betrag.
- (57) Der **Pensionsnehmer** hat beim unechten Pensionsgeschäft das übertragene Pensionsgut in Höhe des bezahlten Kaufpreises zu aktivieren. Das Rückgaberecht wirkt wie eine Kursgarantie; der Ausübungspreis des Rechts stellt die Untergrenze für allfällige Abschreibungen dar, sofern die Bonität des Pensionsgebers gesichert ist.

Wertpapierleihegeschäfte

- (58) Bei einer Wertpapierleihe überträgt der Verleiher einem Entleiher Wertpapiere für eine bestimmte Zeit, wobei das zivilrechtliche Eigentum an den Entleiher übergeht. Nach Ablauf der Leihfrist ist der Entleiher verpflichtet, Wertpapiere gleicher Ausstattung und Menge zurückzuübertragen. Zivilrechtlich handelt es sich dabei grundsätzlich um ein Sachdarlehen. Dem Verleiher verbleiben auf Grund der Vertragsgestaltung regelmäßig der Anspruch auf Zinsen oder Dividenden sowie sämtliche Chancen und Risiken von Kursänderungen.
- (59) Da die Chancen und Risiken des Wertpapiers nicht an den Entleiher übergehen und die Verfügungsmacht nur vorübergehend und eingeschränkt

übertragen wird, sind die Wertpapiere vom Verleiher nicht auszubuchen und vom Entleiher nicht zu erfassen. Das Wertpapier ist durch den Verleiher nach den für das Finanzanlage- bzw. Finanzumlaufvermögen geltenden Bestimmungen zu bewerten. Bei einer wesentlichen Verschlechterung der Bonität des Entleihers (vgl. Rn (10) ff) hat der Verleiher ggf. eine zusätzliche Abschreibung vorzunehmen, soweit keine ausreichenden Sicherheiten gestellt wurden.

Basis for Conclusions

Zu Rn (44) und (48): Die Definition des echten Pensionsgeschäfts ist § 50 Abs. 1 und 2 BWG entnommen, die Ausführungen zur Bilanzierung entsprechen wörtlich § 50 Abs. 4 BWG. Die Definition und die Bilanzierung des unechten Pensionsgeschäfts ist § 50 Abs. 3 und 5 BWG entnommen. Diese Regeln stellen auch für Unternehmen, die keine Kreditinstitute sind, die maßgeblichen GoB für die Bilanzierung von Pensionsgeschäften dar (ebenso *Perkounigg/Stecker* in Dellinger, BWG-Kommentar, 2. Lfg. (2008), § 50 Rn 26 mwN; *Böcking/Löw/Wohlmannsetter* in Münchner Kommentar zum AktG², § 340b HGB Rn 2; *Hennrichs* in Münchner Kommentar zum AktG², § 246 HGB Rn 149, *Bieg/Waschbusch/Käufer*, ZBB 2008, S. 64). Die Rückübertragung muss dabei nicht in identischen Wertpapieren erfolgen; auch gleichartige Wertpapiere sind umfasst (*Bieg/Waschbusch/Käufer*, ZBB 2008, S. 65 mwN).

Da sich aus Sicht des AFRAC auch Nichtbanken an der Sonderregel des BWG zu orientieren haben, wird die Anwendung der in § 198 Abs. 7 UGB vorgesehenen Möglichkeit zur sofortigen Erfassung allfälliger Unterschiedsbeträge (Disagios) nicht empfohlen.

Echte (und unechte) Pensionsgeschäfte sind eine besondere Art von Transaktionen, bei denen die Kreditgewähr und die Liquiditätssteuerung im Vordergrund stehen und die gesamthaft zu betrachten sind; daher sind die im BWG dafür vorgesehenen Spezialregeln anzuwenden. Die mit Pensionsgeschäften verbundenen Termingeschäfte (und Optionsgeschäfte) werden nicht gesondert nach der (geplanten) AFRAC-Stellungnahme „Die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsgeschäften“ bilanziert.

Zu Rn (45): Die Erträge aus dem Pensionsgut werden zwar beim Pensionsgeber bilanziell erfasst, weil dieser auch das Pensionsgut erfasst. Da sie ihm rechtlich nicht zustehen, ist – sofern sie ihm nicht weiterverrechnet werden – idR auch ein Zinsaufwand für die Verbindlichkeit zu erfassen. Der Pensionsnehmer verbucht spiegelbildlich einen Zinsertrag (*Bieg/Waschbusch/Käufer*, ZBB 2008, S. 65 und S. 66 mwN).

Zu Rn (49): In der Literatur wird auch beim unechten Pensionsgeschäft zurecht eine Ausbuchung abgelehnt, wenn bereits im Zeitpunkt der Übertragung auf Grund eines überhöhten Kaufpreises von einer Rückübertragung auszugehen ist (vgl. etwa *Förschle/Kroner* in Beck Bil-Komm⁷ (2010), § 246 HGB Rn 26; IDW ERS HFA 13 vom 29. 11. 2006, Rn 25). Diese Überlegung betrifft nicht nur die allgemeinen GoB des UGB, denn auch § 50 BWG ist insoweit einer wirtschaftlichen Betrachtung zugänglich. Es liegt somit kein Unterschied zu Kreditinstituten vor.

Zu Rn (50): Ein Verlust im Vergleich zum Buchwert ist auf Grund des imparitätischen Realisationsprinzips jedenfalls zu realisieren, weil die Rückübertragung nicht sicher ist (vgl. *Bieg/Waschbusch/Käufer*, ZBB 2008, S. 67 mwN). Ein über dem Rücknahmebetrag liegender Marktwert kann die Verlustrealisierung nicht ausschließen, weil in diesem Fall die Rückübertragung eher unwahrscheinlich ist).

Zu Rn (51) f: Diese Behandlung entspricht der Literaturmeinung in Deutschland (vgl. *Scharpf/Schaber*, Handbuch Bankbilanz³ (2009), S. 59 mwN; *Krumnow et al.*, Rechnungslegung der Kreditinstitute² (2004), § 340b HGB Rn 36 f; ausführlich *Bieg/Waschbusch/Käufer*, ZBB 2008, S. 67 bis 69 mwN – die eine Gewinnrealisierung in Höhe früherer Abschreibungen zulassen). Eine Gewinnrealisierung im Zeitpunkt der Übertragung scheidet aus, weil der Kaufpreis auch die Prämie für die Stillhalterposition enthält, der Pensionsgeber weiterhin das unbegrenzte Verlustrisiko trägt und der Kaufpreis nicht notwendigerweise zu Marktbedingungen realisiert wurde, weil der Käufer auf Grund des Rückübertragungsrechts auch einen überhöhten Preis akzeptieren kann (vgl. *Krumnow et al.*, Rechnungslegung der Kreditinstitute² (2004), § 340b HGB Rn 36 f). IDW ERS HFA 13 Tz 24 schlägt ohne weitere Begründung die Erfassung des unrealisierten Gewinns als Verbindlichkeit vor.

Zu Rn (54): Wird der Pensionsgegenstand zurückübertragen, erfahren die historischen Anschaffungskosten mangels Umsatzakts keine Änderung, sodass § 208 UGB unverändert zur Anwendung kommt. Eine Wertsteigerung kann idR erst nach der Rückübertragung eintreten; bei einer Wertsteigerung während der Laufzeit des Pensionsgeschäfts erfolgt idR keine Rückübertragung.

Zu Rn (56): Für Kreditinstitute ist die Unterstrichangabe in § 50 Abs. 5 BWG explizit geregelt. Im Bereich des UGB liegt eine sonstige finanzielle Verpflichtung vor (§ 237 Z 8 UGB). Schwebende Geschäfte und Optionsverpflichtungen fallen nämlich nicht unter § 199 (*Nowotny/Tichy* in Straube, HGB-Kommentar², Bd. 2 (2000), § 199 HGB Rn 27; aA *Perkounigg/Stecher* in Dellinger, BWG-Kommentar, 2. Lfg. (2008), § 50 Rn 26, die einen Anwendungsfall des § 199 UGB sehen). Soweit Rückstellungen erfasst wurden, vermindert sich die Unterstrichangabe bzw. die Anhangangabe, um einen Doppelerfassung des Kreditrisikos zu vermeiden, weil insoweit schon eine bilanzielle Vorsorge eingestellt wurde (*Krumnow et al.* Rechnungslegung der Kreditinstitute² (2004), § 340b HGB Rn 37).

Zu Rn (57): Die Behandlung entspricht der Literaturmeinung (vgl. zuletzt *Bieg/Waschbusch/Käufer*, ZBB 2008, S. 68f)

Zu Rn (59) – Wertpapierleihe: Die Frage nach der Ausbuchung des verliehenen Wertpapiers ist in der Literatur umstritten. Das ältere deutsche Schrifttum, das sich auch auf zwei Schreiben der früheren deutschen Bankenaufsicht stützt, befürwortet Ausbuchung (ebenso *Gassner/Göth/Tumpel*, Optionsgeschäft und Wertpapierleihe (1992), S. 89; ebenso noch *Förschle/Usinger* in Beck Bil-Komm⁷ (2010), § 254 Rn 121 ohne weitere Begründung). Von den Befürwortern der Ausbuchung wird aber dennoch eine Gewinnrealisierung beim Verleiher (soweit es sich um keine Wertaufholung handelt) wegen des zurückbehaltenen Verlustrisikos abgelehnt und eine analoge Bewertung der Sachforderung zum Wertpapier verlangt (vgl. auch *Gassner/Göth/Tumpel*, Optionsgeschäft und Wertpapierleihe (1992), S. 90 und *Förschle/Usinger* in Beck Bil-Komm⁷ (2010), § 254 Rn 121). Die Entscheidung über die Ausbuchung ist beim Verleiher somit vor allem eine Ausweisfrage. Für den Entleiher geht es um die Aktivierung des Wertpapiers verbunden mit der Passivierung einer stets gleich hohen Rückübertragungsverbindlichkeit (was bei entleihenden Banken die regulatorischen Kapitalerfordernisse erhöht).

ADS lassen die Frage offen (die Ausbuchung sei „vertretbar“, nicht aber bei Barsicherheiten, weil dies einem echten Pensionsgeschäft entspricht; ADS⁶ (1995) Bd. 6, § 246 HGB Rn 356). Für die Ausbuchung spricht nach ADS vor allem das Bonitätsrisiko, nämlich dass der Entleiher die Rückübertragungsverpflichtung nicht erfüllen kann. Allerdings ist das Bonitätsrisiko des Entleihers nicht generell höher als das Bonitätsrisiko des Wertpapiers an sich, sodass mit einem Ausweis als Forderung anstatt als Wertpapier keine zusätzliche Risikoinformation vermittelt wird. Anders als klassische Forderungen haben Wertpapiere oft höhere Marktrisiken, was für den Ausweis unter den Wertpapieren spricht. In der Bilanz des Entleihers macht die Aktivierung des Wertpapiers seine Risikosituation auch nicht transparenter, weil dieser kein Bonitäts- oder Marktrisiko trägt.

Scharpf/Schaber (Handbuch Bankbilanz³ (2009), S. 298 f mwN) und *Krumnow et al.* (Rechnungslegung der Kreditinstitute² (2004), § 340b HGB Rn 71) verneinen die Ausbuchung mangels Übertragung des wirtschaftlichen Eigentums aus folgenden Gründen: Kein Übergang der Chancen und Risiken (nur Nutzungsübergang), Einwirkungsmöglichkeiten des Verleihers auf die Wertpapiere, Insolvenzrisiko geht nicht über, Entleiher hat kein endgültiges Verfügungsrecht, dem Verleiher kommen weiterhin Dividenden und Kupons zu und die Leihe kann kurzfristig gekündigt werden.

Gegen die Ausbuchung spricht auch die Ähnlichkeit mit dem echten Pensionsgeschäft (so *Göth*, Bilanzrecht der Kreditinstitute, Bd. 1 (1995), S. 196). Der wesentliche Unterschied, dass kein Kaufpreis bezahlt wird, steht dem nicht entgegen, sondern ist ein weiteres Indiz gegen die Ausbuchung, weil die Risikosituation des Verleihers dadurch nur verstärkt wird. IAS 39 sieht bei Wertpapierleihen (derzeit) keine Ausbuchung vor.

Kapitel 2 Spezifische Grundsatzfragen für Kreditinstitute

Anwendungsbereich:

- (60) Die nachfolgenden Fragen betreffen Sonderfragen der Bilanzierung von finanziellen Vermögenswerten von Kreditinstituten, die auf den Bestimmungen der §§ 43 ff BWG beruhen und daher nicht auf andere Unternehmen übertragbar sind. Die Fragen gelten nach Maßgabe von § 73 WAG und § 25 ZaDiG iVm §§ 43 ff BWG auch für Wertpapierfirmen und Zahlungsinstitute.

Frage 10 Welche Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung gelten für Kreditinstitute?

- (61) Sowohl die kodifizierten als auch die nicht kodifizierten Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung iSv §§ 190, 195 und 201 Abs. 1 und 2 UGB gelten auf Grund von § 43 Abs. 1 BWG auch für Kreditinstitute, soweit die Rechnungslegungsbestimmungen des BWG keine Sonderbestimmungen enthalten. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung des UGB sind branchenunabhängig: Soweit es keine Sonderbestimmungen im BWG gibt, ist den Grundsätzen daher bei Kreditinstituten keine andere Bedeutung beizumessen als bei Unternehmen, die keine Kreditinstitute sind.
- (62) Eine Sonderbestimmung, die zu einer Abweichung von den unternehmensrechtlichen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung führt, ist § 57 Abs. 1 letzter Satz BWG: „§ 201 Abs. 2 Z 4 UGB¹³ ist unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bankgeschäftes anzuwenden.“ Nach der Absicht des Gesetzgebers soll diese Bestimmung Kreditinstituten Erleichterungen bei der Anwendung des imparitätischen Realisationsprinzips bringen.¹⁴ Die Bestimmung führt somit zu einer Abweichung zu § 201 Abs. 2 Z 4 lit. a UGB, wonach

¹³ Im Wortlaut des § 57 BWG noch § 201 Abs. 1 Z 4 UGB.

¹⁴ Erläuternde Bemerkungen zu BGBl 1993/532: 1130 BlgNR 18. GP zu § 57 Abs. 1 und 2 BWG.

„Grundsatzfragen der unternehmensrechtlichen Bilanzierung von Finanzanlage- und -umlaufvermögen“

„nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne auszuweisen sind“ (Realisationsprinzip). Hinsichtlich der § 201 Abs. 2 Z 4 lit. b und c UGB gibt es keine Besonderheiten des Bankgeschäfts.

- (63) Wie auch im UGB gibt es im BWG kodifizierte Bewertungsmethoden (bzw. Bewertungswahlrechte), die im Konfliktfall den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung vorgehen (z.B. die Möglichkeit, gemäß § 57 Abs. 1 erster und zweiter Satz BWG in einem bestimmten Ausmaß stille Reserven zu bilden, beizubehalten und jederzeit wieder aufzulösen).

Basis for Conclusions

Die GoB iSv §§ 190, 195 und 201 UGB gelten auf Grund von § 43 Abs. 1 BWG auch bei Kreditinstituten (*Perkounigg/Steher* in Dellinger, BWG-Kommentar, 2. Lfg. (2008), § 43 Rn 28 f BWG). Die GoB sind öffentlich-rechtliche Normen und nach der juristischen Methodenlehre zu interpretieren; ein rein induktives, aus der Praxis ehrbarer Kaufleute abgeleitetes Rechtsverständnis ist daher ausgeschlossen (*Krumnow et al.*, Rechnungslegung der Kreditinstitute² (2004), § 340e HGB Rn 68 mwN). Folglich kann nur aus einer üblichen Bankpraxis keine andere Interpretation der GoB abgeleitet werden als im UGB, außer die Abweichung beruht auf einer Sonderbestimmung des BWG (nur in letzterem Fall gibt es so genannte „Bank-GoB“). Dies ergibt sich auch aus § 57 Abs. 1 letzter Satz BWG: „§ 201 Abs. 2 Z 4 UGB ist unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bankgeschäftes anzuwenden.“; diese Bestimmung wäre sinnentleert, wenn ohnedies alle GoB nur unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bankgeschäftes anzuwenden wären.

Frage 11 Welche Finanzinstrumente können von Kreditinstituten abweichend von § 206 UGB zum beizulegenden Wert bewertet werden und wie sind Umgliederungen zu erfassen?

Börsennotierte Wertpapiere des Umlaufvermögens:

- (64) Gemäß § 56 Abs. 5 BWG können zum Handel an einer anerkannten Börse¹⁵ zugelassene Wertpapiere, die nicht die Eigenschaft von Finanzanlagen haben, zum höheren Marktwert am Bilanzstichtag bilanziert werden. Der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem höheren Marktwert ist im Anhang anzugeben.
- (65) Bei Ausübung des Wahlrechts sind sämtliche Wertänderungen unmittelbar erfolgswirksam. Wird das Wahlrecht – nach Maßgabe der Rn (78) – erst nach der Anschaffung in Anspruch genommen, ist die Differenz zum bisherigen Buchwert erfolgswirksam zu erfassen. Eine Beschränkung der Gewinnausschüttung ist nicht vorgesehen.
- (66) Das Wahlrecht zwischen einer Bewertung gemäß § 206 UGB und § 56 Abs. 5 BWG ist für art- und funktionsgleiche Wertpapiere (vgl. Rn (19)) einheitlich auszuüben und kann in Folgeperioden nur bei Vorliegen besonderer Umstände geändert werden (vgl. Rn (18)). Eine nachträgliche Änderung des Wahlrechts und die dafür maßgeblichen Gründe sind zu dokumentieren (Rn (7) f gelten sinngemäß). Fallen die Voraussetzungen des § 56 Abs. 5 BWG nachträglich weg (z.B. De-Listing des Wertpapiers oder Umwidmung in die Finanzanlagen), ist das Wahlrecht ab diesem Zeitpunkt nicht mehr anwendbar. Jede Änderung der Ausnutzung des Wahlrechts gemäß § 56 Abs. 5 BWG ist im Zeitpunkt der Änderung zu dokumentieren.

¹⁵ Die anerkannte Börse ist in § 2 Z 32 BWG definiert (grundsätzlich ein geregelter Markt).

„Grundsatzfragen der unternehmensrechtlichen Bilanzierung von Finanzanlage- und -umlaufvermögen“

Handelsbestand:

- (67) Auf Grund von § 57 Abs. 1 letzter Satz BWG (vgl. Rn (74)) ist es außerdem zulässig, Finanzinstrumente des Handelsbestands zum beizulegenden Wert zu bewerten. Dieses Wahlrecht kann nur einheitlich für alle Finanzinstrumente des Handelsbestands ausgeübt werden und ist beizubehalten, solange das Kreditinstitut einen Handelsbestand führt.
- (68) Dem Handelsbestand sind sämtliche Positionen (Eigenhandelspositionen, Positionen aus dem Handel für Kunden sowie Positionen aus dem Market Making) in Finanzinstrumenten und Waren zuzuordnen, die mit Handelsabsicht gehalten werden. Finanzinstrumente¹⁶, die zur Absicherung oder Refinanzierung bestimmter Risiken des Handelsbestands herangezogen werden, sind ebenso dem Handelsbestand zuzuordnen. Diese Positionen dürfen keinen Einschränkungen ihrer Marktfähigkeit unterliegen oder müssen absicherbar sein. Eine Handelsabsicht liegt vor, wenn Positionen des Handelsbestands zum Zweck des kurzfristigen Wiederverkaufs gehalten werden oder die Absicht besteht, aus derzeitigen oder in Kürze erwarteten Kursunterschieden zwischen dem Ankaufs- und dem Verkaufskurs oder aus anderen Preis- oder Zinsschwankungen einen Gewinn zu erzielen. Die Einbeziehung von Positionen in den Handelsbestand hat nach institutsintern festgelegten Kriterien zu erfolgen. Die Umbuchung von Positionen in das oder aus dem Handelsbestand ist für sachverständige Dritte nachvollziehbar zu dokumentieren und zu begründen. Zuordnungen müssen stetig auf Grundlage der institutsintern festgelegten Kriterien erfolgen (vgl. § 22n BWG iVm §§ 195 ff SolvaV).
- (69) Bei einer Bewertung zum beizulegenden Wert sind sämtliche Wertänderungen unmittelbar erfolgswirksam. Eine Beschränkung der Gewinnausschüttung ist nicht vorgesehen.

¹⁶ § 22n BWG spricht auch von (unmittelbar gehaltenen) Waren; dies ist bei Kreditinstituten aber idR nicht von Relevanz.

„Grundsatzfragen der unternehmensrechtlichen Bilanzierung von Finanzanlage- und -umlaufvermögen“

Umgliederung oder Aufgabe des Wahlrechts iSv § 56 Abs. 5 BWG:

- (70) Wird ein finanzieller Vermögenswert aus dem zum beizulegenden Wert bewerteten Handelsbestand in einen zu Anschaffungskosten bewerteten Bestand umgliedert oder wird das Wahlrecht zum Ansatz höherer Marktwerte iSv § 56 Abs. 5 BWG nach Maßgabe der Rn (78) nicht mehr angewendet, dann sind nachfolgende, in Rn (83) und (84) beschriebene Besonderheiten zu beachten.
- (71) Liegt der beizulegende Wert (Buchwert) in Zeitpunkt der Umgliederung oder Änderung des Wahlrechts iSv § 56 Abs. 5 BWG **unter** den historischen Anschaffungskosten, so ist der Buchwert in diesem Zeitpunkt fortzuführen. Eine spätere Zuschreibung ist gemäß § 208 UGB nur im Umfang einer späteren Werterhöhung möglich. Die historischen Anschaffungskosten (oder im Fall des § 56 Abs. 1 BWG der Rückzahlungsbetrag) dürfen dabei nicht überschritten werden.

Beispiel:

Ein Kreditinstitut erwirbt im Februar X1 eine Aktie für € 100 und ordnet sie dem zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Handelsbestand zu. Bis zum 30. Juni X1 fällt der beizulegende Wert auf € 80. In diesem Zeitpunkt erfolgt eine Umgliederung in einen zu Anschaffungskosten bewerteten Bestand. Der Buchwert von € 80 wird fortgeführt. Im Fall eines weiteren Wertverlustes sind zusätzliche Abschreibungen nach Maßgabe der §§ 204 und 207 UGB erforderlich. Im Fall einer Werterhöhung ist eine Zuschreibung auf den beizulegenden Wert zulässig, höchstens aber bis zu den historischen Anschaffungskosten von € 100.

- (72) Liegt der beizulegende Wert (Buchwert) in Zeitpunkt der Umgliederung oder Änderung des Wahlrechts iSv § 56 Abs. 5 BWG **über** den historischen Anschaffungskosten, so kann dieser Buchwert fortgeführt werden. Im Fall eines Schuldinstruments oder eines anderen festverzinslichen Wertpapiers iSv § 56 Abs. 1 BWG muss der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Buchwert

und dem Rückzahlungsbetrag dann in sinngemäßer Anwendung des § 56 Abs. 2 BWG zeitanteilig abgeschrieben werden. Außerdem ist die Differenz zwischen dem höheren Buchwert und den Anschaffungskosten in sinngemäßer Anwendung von § 56 Abs. 5 zweiter Satz BWG im Anhang anzugeben.

Alternativ kann der finanzielle Vermögenswert erfolgswirksam auf die historischen Anschaffungskosten (oder im Fall des § 56 Abs. 1 BWG auf den Rückzahlungsbetrag) abgeschrieben werden. Die gewählte Methode ist stetig anzuwenden und im Anhang anzugeben.

Beispiel:

Ein Kreditinstitut erwirbt im Februar X1 eine Aktie für € 100 und ordnet sie dem zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Handelsbestand zu. Bis zum 30. Juni X1 steigt der beizulegende Wert auf € 120. In diesem Zeitpunkt erfolgt eine Umgliederung in einen zu Anschaffungskosten bewerteten Bestand. Der Buchwert von € 120 kann fortgeführt werden. Im Rahmen der Folgebewertung ist ggf. eine Abschreibung auf einen niedrigeren beizulegenden Wert vorzunehmen (bei Finanzanlagen ist die Abschreibung nur erforderlich, wenn die Wertminderung voraussichtlich von Dauer ist; vgl. Rn (13) ff).

Alternativ kann die Aktie im Zeitpunkt der Umgliederung auf die historischen Anschaffungskosten von € 100 abgeschrieben werden. Im Rahmen der Folgebewertung ist ggf. nach Maßgabe der §§ 204 und 207 UGB eine Abschreibung auf einen niedrigeren beizulegenden Wert vorzunehmen; eine Zuschreibung über die historischen Anschaffungskosten hinaus ist nicht möglich.

(73) Bei sämtlichen in dieser Frage genannten Umwidmungen bzw. Änderungen von Bewertungswahlrechten sind im Anhang anzugeben:

- dieser Umstand und die Art der Umwidmung bzw. Änderung,
- die betroffenen Finanzinstrumente,
- der Umwidmungswert sowie dessen Herleitung.

Basis for Conclusions

Zu Rn (65): Da das BWG eine Bewertung zum höheren beizulegenden Wert ausdrücklich in Kauf nimmt und nachträgliche Umwidmungen nicht verbietet, kommt es mit der Umwidmung zwangsläufig zu einer Umwertung. Mangels gesonderter Bestimmungen über die Art der Erfolgsrealisierung ist die Differenz erfolgswirksam und kann ggf. den ausschüttungsfähigen Gewinn erhöhen.

Zu Rn (67): Die Möglichkeit zum Ansatz beizulegender Werte beruht auf einer Besonderheit des Bankgeschäftes iSv § 57 Abs. 1 letzter Satz BWG und berücksichtigt die besondere Funktion, die hohe Liquidität und das umfassende Management (z.B. die aktive Überwachung von Positionslimits) des Handelsbestands, um ein getreueres Bild der Vermögens,- Finanz und Ertragslage zu vermitteln. Da der Handelsbestand insoweit eine Einheit darstellt (Portfoliobewertung), kann das Wahlrecht nur einheitlich für den gesamten Handelsbestand ausgeübt werden. Da es sich um eine Sonderbestimmung des BWG handelt, steht das Wahlrecht nur Kreditinstituten zu; der gewerbsmäßige Handel von Finanzinstrumenten ist gem. § 1 Abs. 1 Z 7 BWG konzessionspflichtig; ohne Konzession darf somit auch kein Handelsbestand im Sinne der Definition in der Rn (80) vorliegen.

Zu Rn (68): § 57 Abs. 1 erster Satz BWG erwähnt zwar den „Handelsbestand“, enthält aber keine Legaldefinition. Die in Rn (80) enthaltenen Ausführungen wurden aus dem Gesetzestext des § 22n Abs. 1 bis 3 BWG abgeleitet, wobei der aufsichtsrechtliche Begriff „Handelsbuch“ durch den für die Rechnungslegung maßgeblichen Begriff „Handelsbestand“ ersetzt wurde. Da gemäß § 22n Abs. 4 BWG Kreditinstitute Instrumente ihres (kleinen) Handelsbuchs iSv § 22q BWG oder ihres (großen) Handelsbuchs iSv § 22o BWG für Aufsichtszwecke bereits zu Marktpreisen bewerten müssen (vgl. EB BGBl I 2006/141 zu § 22n Abs. 4 BWG), können die bereits zu Marktwerten bewerteten und hinsichtlich ihrer Marktrisiken aktiv gemanagten Finanzinstrumente auch für Rechnungslegungszwecke einheitlich zum Marktwert bewertet werden. Nach der Definition dürfen nachträgliche Umgliederungen erfolgen, sofern die Handelsabsicht neu entsteht oder aufgegeben wird und eine begründete Dokumentation zum Zeitpunkt der Umbuchung vorliegt.

Der Handelsbestand entspricht zwar grundsätzlich immer dem Handelsbuch, allerdings sind interne Geschäfte keine Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten iSd UGB und daher für Zwecke der Bilanzierung nicht relevant. Auch Bewertungseinheiten mit internen Geschäften sind deshalb nicht zulässig.

Zu Rn (70) ff: Eine Umgliederung ist kein Realisationsvorgang, sodass der Buchwert grundsätzlich fortzuführen ist (ebenso schon bisher nach der Endnote 6 die AFRAC Stellungnahme aus Dezember 2008). Liegt der Buchwert über den historischen Anschaffungskosten, so gibt es eine Normenkollision: § 203 Abs. 1 UGB sieht für das Finanzanlagevermögen eine Bewertung mit den Anschaffungskosten- oder Herstellungskosten vor, vermindert um Abschreibungen gemäß § 204 UGB. § 204 Abs. 2 verlangt aber eine Abschreibung nur dann, wenn eine Wertminderung vorliegt (diese liegt im Zeitpunkt

der Umgliederung mit einem höheren beizulegenden Wert nicht vor). Insoweit sind beide Interpretationen, die Fortführung des höheren Buchwerts und die Abschreibung auf die historischen Anschaffungskosten, vertretbar.

Kapitel 3 Erstmalige Anwendung

- (74) Diese Stellungnahme ist erstmalig auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am 1. Jänner 2010 oder später beginnen. Soweit die hier geforderten Dokumentationen nicht vorliegen, sind sie bis zum Ende dieses Geschäftsjahres nachzuholen.
- (75) Die Stellungnahme „Aktuelle Fragen der unternehmensrechtlichen Bewertung von Finanzanlage- und Finanzumlaufvermögen“ wird hiermit aufgehoben. Die Fragen wurden inhaltlich unverändert in diese Stellungnahme übernommen (Fragen 1, 3, 5 und 6).